



Das Lebensministerium



**Grundsätze des SMUL gemäß § 9 SächsWG für die Abwasserbeseitigung im  
Freistaat Sachsen 2007 bis 2015**

Regionalveranstaltungen SMUL – BDZ  
27.11.2007 in Leipzig / 04.12.2007 in Chemnitz / 11.12.2007 in Dresden  
Baudirektorin Dipl.-Ing. Steffi Förtsch

# Inhalt

1. **Rechtsgrundlage und Zielstellung des Grundsaterlasses**
2. **Wichtige landesrechtliche Regelungen zur Abwasserbeseitigung in Sachsen**
  - gültige Regelungen
  - abgelöste Erlasse
3. **Struktur des Grundsaterlasses § 9 SächsWG**
  - Inhaltsübersicht und Termine
  - ausgewählte Grundsätze
4. **Fazit**



## □ Rechtsgrundlage: § 9 SächsWG Grundsätze der Abwasserbeseitigung

- Die oberste Wasserbehörde kann **Grundsätze** für die Abwasserbeseitigung nach überörtlichen Gesichtspunkten festlegen.
- Für die Errichtung und Inbetriebnahme der Abwasseranlagen können **Termine** festgelegt werden.

## □ Zielstellung

- Fachliche Begleitung und Umsetzung der Ende 2006 bekannt gemachten neuen Abwasserstrategie 2007-2015



# Wichtige landesrechtliche Regelungen zur Abwasserbeseitigung in Sachsen

## □ Gültige Regelungen

- § 63 und § 138 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) in der Fassung vom 18.10.2004,
- Kleinkläranlagenverordnung (KKAVO) vom 19.06.2007 (in Kraft getreten am 14.07.2007),  
mit  
Anwendungshinweisen zur KKAVO vom Juli 2007 (veröffentlicht mit Schreiben vom 14.09.2007),
- Grundsätze des SMUL gemäß § 9 SächsWG für die Abwasserbeseitigung im Freistaat Sachsen 2007 bis 2015 vom 28.09.2007 (§ 9-Erlass),
- **Erlass zum Umgang mit Teilortskanalisationen bzw. sog. „Bürgermeisterkanälen“ („BM“-Kanälen) vom 02.09.2003**



## □ durch § 9-Erlass (und KKA VO) abgelöste Erlasse

		<b><u>abgelöst durch</u></b>
● Grundsatzterlass vom 16.10.2000	– Erlass des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL) zum weiteren Ausbau der Abwasserbeseitigung in Sachsen vom 16.10.2000 (Az.: 43-8950.00),	<b>§ 9-Erlass</b>
● Ergänzung KKA vom 15.06.2001	– ergänzende Hinweise vom 15.06.2001 zur Verfahrensweise mit Kleinkläranlagen (KKA) (Az.: 43-8950.00/8),	<b>KKA-Erlass 02.09.2003 § 9-Erlass</b>
● ABK-Erlass vom 25.03.2002	– Erlass des SMUL zur Verfahrensweise nach Vorlage der Abwasserbeseitigungskonzepte (ABK) durch die Abwasserbeseitigungspflichtigen bei den höheren Wasserbehörden vom 25.03.2002 (Az.: 43-8950.00),	<b>§ 9-Erlass</b>
● KKA-Erlass vom 02.09.2003	– Erlass des SMUL vom 02.09.2003 zur Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis für Einleitungen aus KKA (Az.: 43-8950.00/8).	<b>KKAVO + § 9-Erlass</b>



## Inhaltsübersicht § 9 - Erlass (1/3)

### I. Vorbemerkung

- Erreichter Stand und künftige Rahmenbedingungen der kommunalen Abwasserbeseitigung in SN
- Rechtliche Hinweise zur Abwasserbeseitigungspflicht

### II. Grundsätze und Termine für die Abwasserbeseitigung in Sachsen 2007 bis 2015 gemäß § 9 SächsWG

- Überprüfung und Anpassung noch nicht realisierter Teile der ABK durch die kommunalen Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung bis spätestens 30.06.2008
- Umgehende Prüfung der ABK durch die zuständigen Wasserbehörden bis spätestens 3 Monate nach Vorlage durch den Aufgabenträger (spätestens 30.09.2008)
- Parallel zur Erarbeitung der ABK: Ermittlung des Finanzbedarfs zur Umsetzung der ABK bis 2015 sowie Anmeldung des Fördermittelbedarfs nach SWW/2007 an SAB bis spätestens 2 Monate nach der wasserbehördlichen Prüfung (spätestens 30.11.2008)  
(**untersetzt durch aktuelle SAB-Schreiben vom Oktober 2007 bzgl. KKA-Förderbedarf**)



## Inhaltsübersicht § 9 - Erlass (2/3)

- **Umgehende wasserwirtschaftliche Prioritätensetzung durch die Regierungspräsidien für Sanierung des SdT vorhandener Kanalisationen und dezentraler Anlagen sowie Sicherstellung eines ordnungsgemäßen, kontinuierlichen und landeseinheitlichen Vollzugs**
- **Sanierung SdT sowie Bau und Anschluss (sofern vorgesehen) an öffentliche Abwasseranlagen unverzüglich schrittweise bis spätestens 31.12.2015 (zentral)**
- **Sanierung SdT vorhandener Einleitungen aus Kanalisationen unverzüglich schrittweise bis spätestens 31.12.2015 (indirekte KKA-Einleiter (dezentral))**
- **Sanierung SdT vorhandener Kleineinleitungen unverzüglich schrittweise bis spätestens 31.12.2015 (direkte KKA-Einleiter (dezentral))**



## Inhaltsübersicht § 9 –Erlass (3/3)

- **Anforderungen an neue Kleineinleitungen**
- **bauaufsichtliche Zulassung für KKA**
- **Vermeidung von Niederschlagswasserabfluss / Niederschlagswasserableitung**
- **Sorgfältige Prüfung der gemeinsamen Behandlung von gewerblich-industriellen und kommunalen Abwasser (Risikoanalyse)**
- **Umgang mit Regelwerken**

### III. Ablösung alter Erlasse

### IV. Geltungsdauer

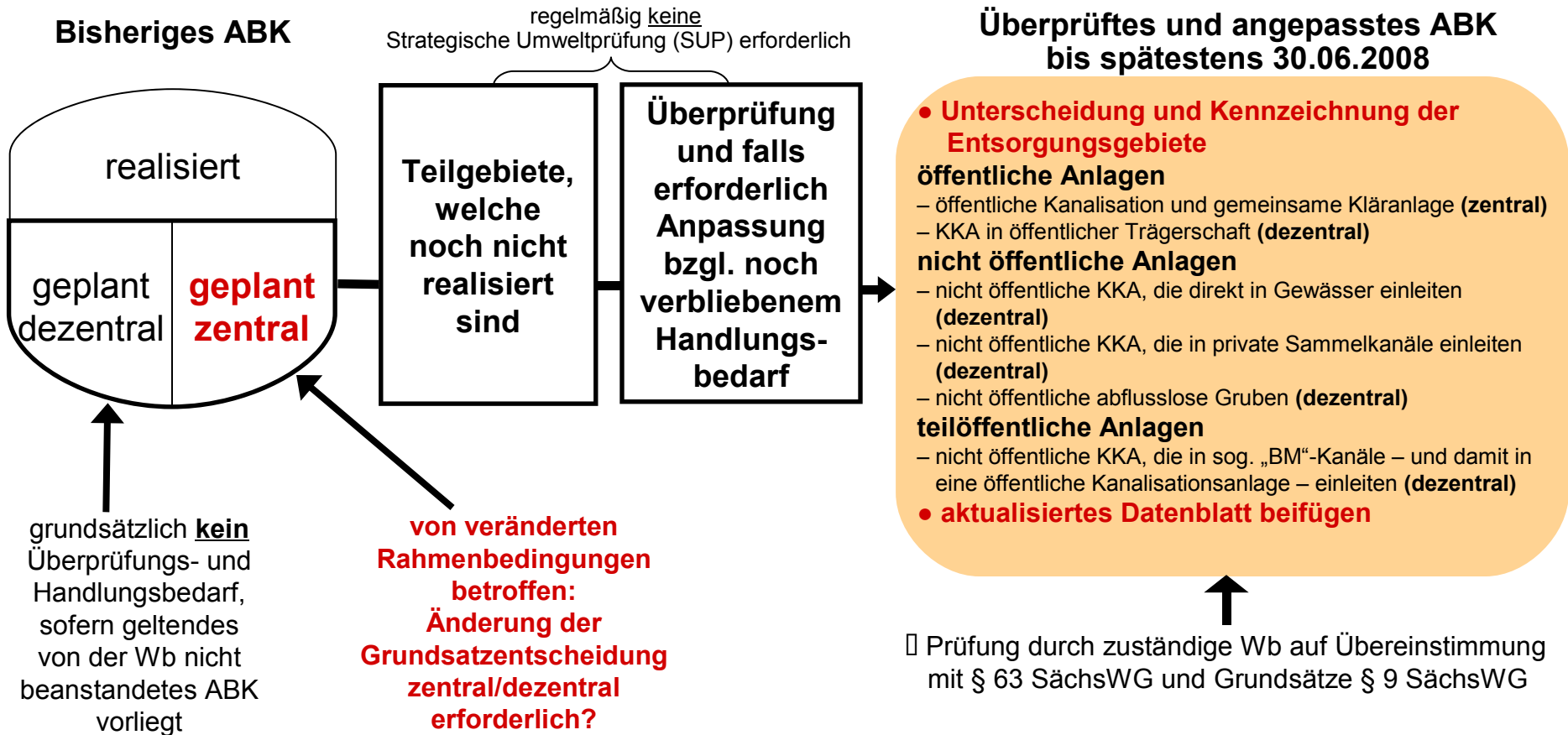


## □ Termine des § 9-Erlasses<sup>1)</sup>/Verrechnung Kleineinleiterabgabe<sup>2)</sup>


Wann?	Wer?	Was?
□ umgehend – jedoch spätestens bis 30.06.2008	□ Aufgabenträger (AT)	□ Überprüfung + sofern erforderlich Anpassung ABK + Datenblatt ↳ Vorlage bei der zuständigen Wasserbehörde
□ unverzüglich – jedoch längstens 3 Monate nach Vorlage ABK, d. h. spätestens bis 30.09.2008	□ Zuständige Wasserbehörde (Wb)	□ Wasserbehördliche Prüfung der Übereinstimmung des ABK mit § 63 SächsWG + § 9-Erlass ↳ Zuleitung des Prüfergebnisses an AT spätestens 3 Monate nach Vorlage des ABK
□ parallel zur Überprüfung/Anpassung ABK – jedoch spätestens nach Erhalt Prüfergebnis der Wb	□ Aufgabenträger	□ Ermittlung des Fördermittelbedarfs zur Umsetzung des ABK bis 2015 nach SWW/2007 ↳ Zuleitung des Fördermittelbedarfs SWW/2007 an SAB spätestens 2 Monate nach Erhalt des Prüfergebnisses der Wb (d. h. spätestens bis 30.11.2008)
□ unverzüglich  sowie  bis zum 30.09.2008	□ Höhere Wasserbehörde (RP)  □ RP	□ Festlegung der wasserwirtschaftlichen Prioritäten zur Sanie- rung nicht dem SdT entsprechender Einleitungen, insbeson- dere aus „BM“-Kanalisationen sowie dezentralen Anlagen ↳ Zuleitung an uWb, AT und SMUL ↳ Information der betroffenen Öffentlichkeit in geeigneter Art und Weise  □ Bericht über Stand der Prioritätensetzung sowie das Veranlasste ↳ Vorlage bei SMUL
□ Ab 01.01.2010 (siehe § 9 a SächsAbwAG und VwV Abwasserabgabe)	□ AT  □ Bürger	□ Verrechnung der Kleineinleiterabgabe letztmalig bis zum 31.12.2009 (Veranlagungsjahr 2009)  □ Kleineinleiterabgabe muss von allen gezahlt werden, die keine vollbiologische Kleinkläranlage betreiben




## ➤ Überprüfung und Anpassung der Abwasserbeseitigungskonzepte durch die Aufgabenträger




## ➤ **ABK : Beachtung der demografischen Entwicklung – kleinräumige örtliche Abwasserlösungen im ländlichen Raum** (1/2)

 rechtlich gefordertes Ergebnis SdT (ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung) muss mit möglichst geringem Aufwand erreicht werden

 **kleinräumige flexible Lösungen (insbesondere Gruppenkläranlagen)** für bisher noch nicht erschlossene Gebiete – ca. 600 000 E – einschließlich dezentraler Anlagen (Kleinkläranlagen)

 **kürzere Nutzungsdauer**

 Nutzung einfacher unterhaltungsarmer Lösungen, z. B. Abwasserteiche im ländlichen Raum

- kostengünstig
- weitgehend unempfindlich gegenüber Belastungsschwankungen
- geringer Unterhaltungsaufwand
- gute Anpassung in den ländlichen Raum

(2/2)



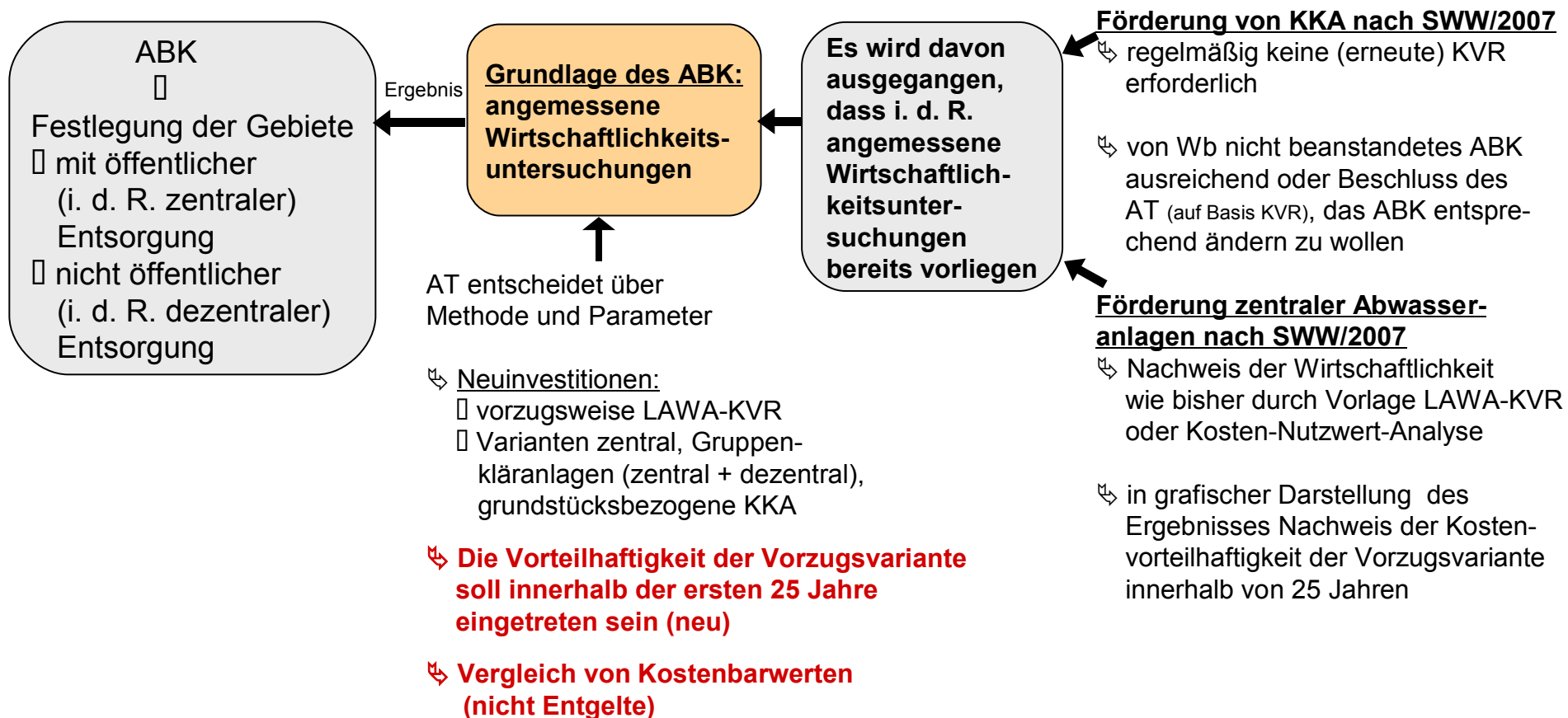
kompakter  
Ortsteil mit  
200 Einwohnern



Abwasserbe-  
seitigung über  
Abwasserteiche



## ➤ ABK: Wirtschaftlichkeitsvergleich ohne Berücksichtigung von Fördermitteln



## ➤ ABK: Beachtung Ausschluss des Anschluss- und Benutzungszwangs gemäß § 63 Abs. 6 SächsWG

### Geltungsbereich:

KKA, welche direkt in Gewässer einleiten (sog. Kleineinleitungen)

ab Zeitpunkt Neubau/Sanierung der KKA nach dem SdT

- ☐ Einleitung ist wasserrechtlich erlaubt
- ☐ nach ABK kein Anschluss an öffentliche Anlage in nächsten fünf Jahren vorgesehen

**Anschluss- und Benutzungszwang darf 15 Jahre nicht ausgeübt werden**

Ziel: Gewährleistung einer Mindest-Amortisationszeit von 15 Jahren für den Bürger

### Gilt nicht für:

KKA, welche in öffentliche Kanalisationen (sog. „BM“-Kanäle) einleiten

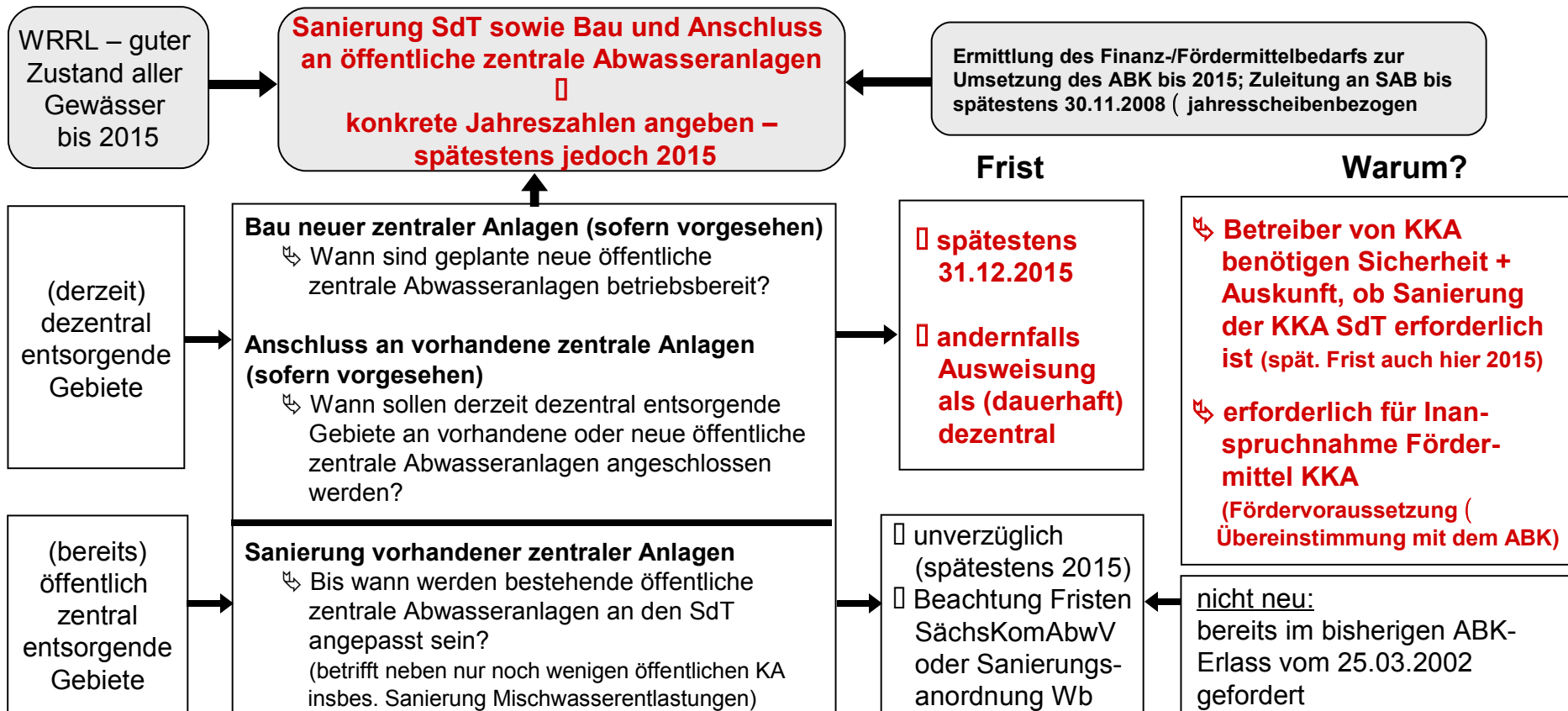
weil:

- ☐ diese KKA sind bereits an eine öffentliche Anlage angeschlossen (vgl. ABK ( teilöffentliche Anlagen)
- ☐ Wb kann für diese Kleinkläranlagen keine Sanierungsanordnungen erlassen, nur für die Einleitung des „BM“-Kanals ins Gewässer
- ☐ AT muss entscheiden, ob Bau einer gemeinsamen Kläranlage günstiger ist als Sanierung der einzelnen Kleinkläranlagen
  - ☐ Ausschluss des Anschluss- und Benutzungszwangs wäre kontraproduktiv



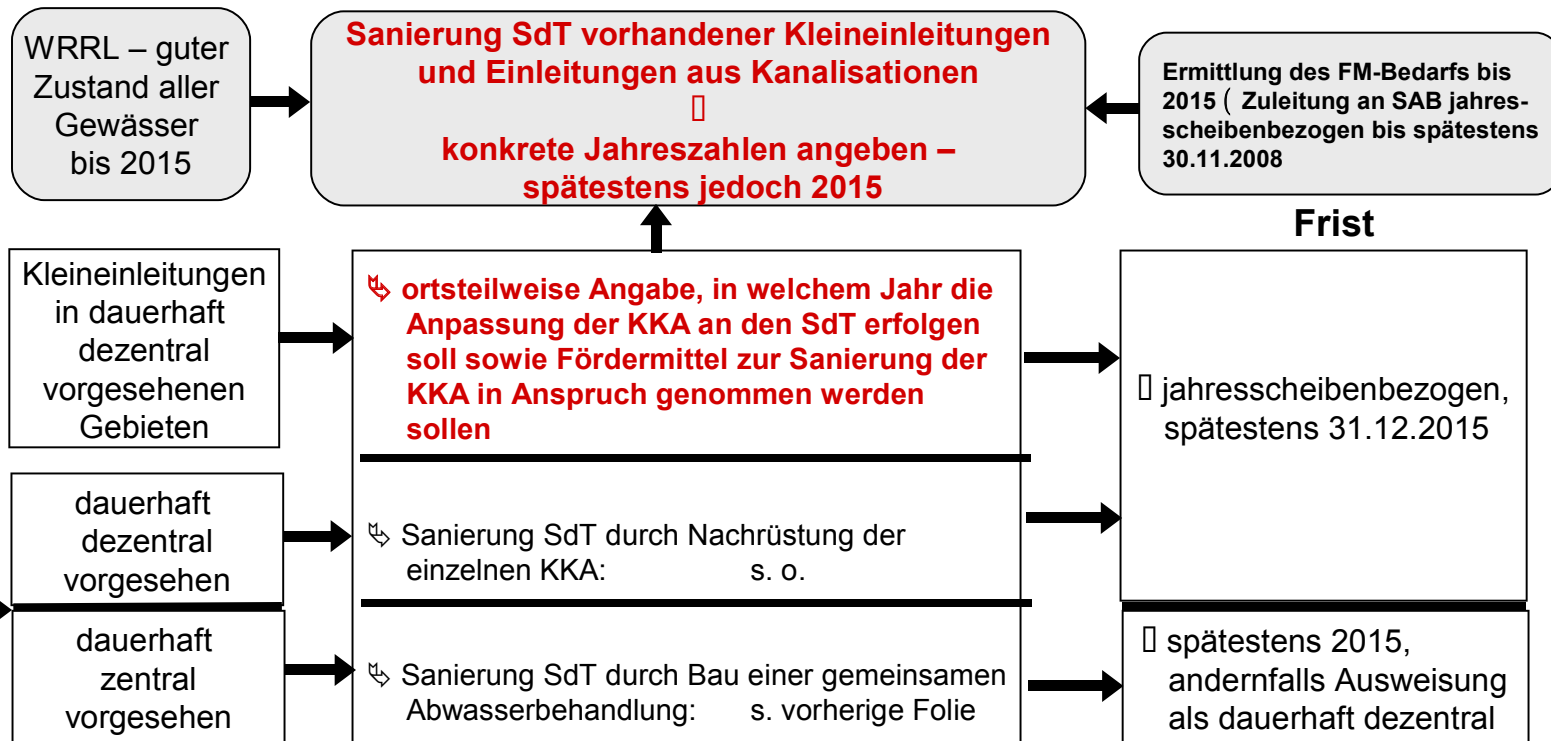
## ➤ **ABK: Sanierung SdT sowie Bau und Anschluss an öffentliche zentrale Abwasseranlagen unverzüglich schrittweise bis spätestens 31.12.2015**

### Überprüftes und angepasstes ABK



## ➤ **ABK: Sanierung SdT vorhandener Kleineinleitungen und Einleitungen aus Kanalisationen unverzüglich schrittweise bis spätestens 31.12.2015**

### Überprüftes und angepasstes ABK



## ➤ **ABK: Bürgerbeteiligung und öffentlicher Gemeinde- bzw. Verbands- beschluss des ABK**

**Ziel ( möglichst breite Akzeptanz der gewählten  
Abwasserlösungen**

Erarbeitung/Überprüfung/Anpassung  
ABK

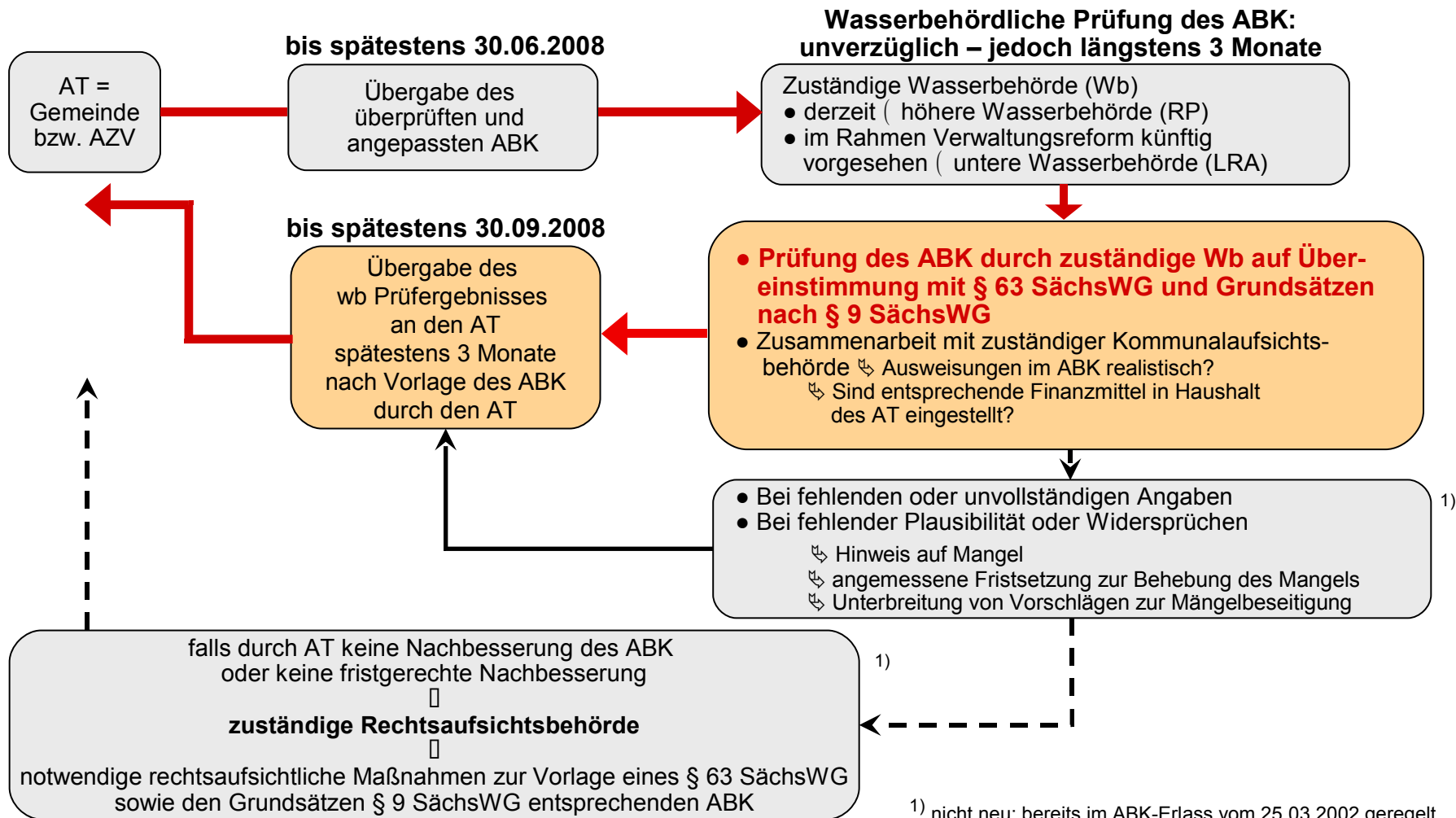
- Bürger frühzeitig einbeziehen
- regelmäßige Kommunikation
- Unterstützung der aktiven Beteiligung der Betroffenen,  
beispielsweise durch
  - Informationsveranstaltungen
  - Einwohnerversammlungen
  - öffentliche Sitzungen der Beratungs- und Entscheidungsgremien

**□ Beschluss des ABK in öffentlicher Gemeinde- bzw.  
Verbandssitzung**

(§§ 37 und 39 SächsGemO bzw. §§ 47 und 19 SächsKomZG)



## ➤ Umgehende Prüfung des ABK durch die zuständige Wasserbehörde bis spätestens 3 Monate nach Vorlage durch den AT



## ➤ Anpassung an SdT – wasserwirtschaftliche Prioritätensetzung sowie Sicherstellung eines ordnungsgemäßen landeseinheitlichen Vollzugs durch die Regierungspräsidien

**wasserwirtschaftliche Prioritätensetzung durch RP und Bestimmung des Sanierungszeitpunktes für Anpassung vorhandener Anlagen an SdT**

**ABK: Festlegung des Jahres für die jeweilige Anpassung an SdT (spätestens 2015)**

**Aufgabenträger**

- planvolles, zeitlich gestuftes Vorgehen
- Kriterien (u.a.):

- Zustand des Einleitgewässers
- Beschaffenheitsdaten des FIS Oberflächengewässer
- besondere Anforderungen nach SchutzgebietsVO, SächsFischgewV, SächsBadegewässerV etc.
- Lage in Verdichtungsgebiet
- Ermöglichung der zusammenhängenden Sanierung eines gesamten Ortsteils
- kontinuierlicher Fördermittelabfluss

**ordnungsgemäßer und landeseinheitlicher Vollzug – Aufsicht durch die Regierungspräsidien**

- **Regierungspräsidien**
- **aufsichtsführende Behörden**
- **technische Fachbehörden gem. § 118 (2) SächsWG für uWb + sonstige AT, welche Aufgaben nach SächsWG erfüllen**

**unverzüglich**

- ↗ **Zuleitung der Prioritäten an uWb, AT und SMUL**
- ↗ **Information der betroffenen Öffentlichkeit in geeigneter Art und Weise**

**bis 30.09.2008**

- ↗ **Bericht an SMUL über Stand der Prioritätensetzung sowie das Veranlasste**



## ➤ **Erforderlichkeit, Erteilung und Befristung einer wasserrechtlichen Erlaubnis – Änderung oder Neuerteilung (1/2)**

### **Erforderlichkeit der wasserrechtlichen (wr) Erlaubnis**

Kleininleitungen = direkt in Gewässer einleitende KKA

Einleitstelle von Kanalisationen ins Gewässer

### **Befristung der wr Erlaubnis bis zu konkretem Datum**

- unzulässig ( „bis zur Anschlussmöglichkeit an zentrales System“ )
- Befristungszeitraum: 15 bis 25 Jahre

### **Vorrang für wasserbehördliches Handeln**

**KKA-Betreiber**

- ➔ grundsätzlich ist von vorhandener Gewässerbenutzungsbefugnis auszugehen (KKA VO: Vorlage bis 30.06.2008)
- ➔ falls keine freiwillige oder nicht zeitgerechte Sanierung SdT  
↳ **Sanierungsanordnung**
- ➔ falls keine Gewässerbenutzungsbefugnis vorhanden  
↳ **Aufforderung zur Antragstellung**  
nach § 121 SächsWG auf Erteilung wr Erlaubnis

**Kanalbetreiber**

- ➔ Aufforderung zur Antragstellung gem. § 121 SächsWG auf wr Einleiterlaubnis für „BM“-Kanäle (sofern keine wr Zulassungen vorliegen oder nachgewiesen werden können)

### **Sanierung SdT**

Bau einer gemeinsamen Abwasserbehandlung nach dem SdT (Abwasserteiche oder technisch-biologische KA)

oder

Nachrüstung der einzelnen KKA nach dem SdT



## ➤ **Erforderlichkeit, Erteilung und Befristung einer wasserrechtlichen Erlaubnis – Änderung oder Neuerteilung (2/2)**

**Nachrangig für wasserbehördliches Handeln**



**KKA-Betreiber**

Besitzt der KKA-Betreiber eine

- wr Erlaubnis oder
- gleichgestellte, im Wasserbuch eingetragene Rechtsposition oder
- sonstige wr Zulassung

und rüstet freiwillig, unaufgefordert seine KKA nach dem SdT nach, dann

- ↳ **keine sofortige Änderung/Neuerteilung der wr Erlaubnis erforderlich**
- ↳ **ist schrittweise nachträgliche Anpassung ausreichend**

**□ ordnungsgemäßer Betrieb und Wartung der KKA sind in KKA VO geregelt und gelten auch ohne Sanierungsbescheid**

**Weiteres wasserbehördliches Handeln erforderlich**



**Kanalbetreiber**

- ➔ Sanierung Mischwasserbehandlung
- ➔ Sanierung Einleitungen aus privaten Sammelkanälen



## ➤ „Anspruch“ auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis bei Nachrüstung SdT ( Verbesserung der bisherigen wasserwirtschaftlichen Situation bei vorhandenen Einleitungen)

### Vorhandene Einleitungen

↳ insbesondere unter Beibehaltung der bisherigen Form der Ableitung

- KKA-Einleitungen in Oberflächengewässer
- Versickerung des Ablaufs aus KKA (Einleitung ins Grundwasser)
- KKA in Trinkwasserschutzgebieten
  - ↳ **kein** allgemein verbindliches Gebot der Herausleitung

- Sofern in Vergangenheit kein Einschreiten der Wb erfolgte, liegen regelmäßig keine Versagungsgründe i. S. d. § 6 WHG vor für Anpassung SdT
- auch kommunale Interessen sind regelmäßig keine Versagungsgründe
  - ↳ kommunalwirtschaftliche Interessen müssen mit kommunalem Anschluss- und Benutzungszwang durchgeführt werden

**Anpassung SdT unter Beibehaltung bisherige Ableitung kann grundsätzlich nicht versagt werden**

denn:

Sanierung bestehender KKA und Nachrüstung mit biologischer Reinigungsstufe stellt grundsätzlich Verbesserung der bisherigen wasserwirtschaftlichen Situation dar – gilt auch für Trinkwasserschutzgebiete und Versickerung



## ➤ Anforderungen an die Ableitung in Oberflächengewässer oder Grundwasser

### vorhandene Kleineinleitungen:

- Ableitung sowohl ins Oberflächengewässer als auch über Versickerung (Grundwasser)

maßgeblich:

- bisherige Ableitung
- Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Situation durch Nachrüstung biologische (oder weitergehende) RS
- Kosten der Ableitung bzw. Versickerung

Die über Jahre hinweg unbeanstandete bisherige Ableitungsmethode ist ein wichtiges Indiz, dass diese grundsätzlich auch für die Zukunft das Mittel der Wahl ist

- insbesondere, da künftig biologisch oder weitergehend gereinigtes Abwasser eingeleitet wird

### neue Kleineinleitungen:

- Ableitung vorzugsweise ins Oberflächengewässer

↳ jedoch unverhältnismäßig, wenn Vorfluter zu weit entfernt ist:

□

dann Versickerung

- jedoch nur für vollbiologisch gereinigtes Abwasser zulässig
- möglichst flächenhafte Versickerung (Sickergraben)
- punktförmige Versickerung nur im Ausnahmefall (Sickergrube)

- **regelmäßig kein hydrogeologisches Gutachten für Behörde (sowie keine Schürfgrube nach DIN 4261-1, Pkt. 9.1)**

↳ **insbesondere wenn vorhandene Versickerungen im unmittelbaren Umfeld auf Versickerungsfähigkeit des Bodens und geeigneten GW-Stand hinweisen**

- **Tagebau-Sanierungsgebiete**

↳ möglichen GW-Wiederanstieg berücksichtigen

- **Trinkwasserschutzgebiete**

↳ gesonderte Anforderungen entsprechend jeweiliger Schutzgebietsverordnung

- **breitflächige Versickerung über den bewachsenen Oberboden unter Berücksichtigung der Auswirkungen zulässig**

↳ Kontaktmöglichkeit    ↳ Geruchsbelästigung



## Fazit

### Grundsätze nach § 9 SächsWG

#### ➤ Ergebnis einer halbjährlichen intensiven Abstimmung der verschiedenen Interessen

#### Unterschiedliche fachliche Anforderungen

- Abwasserbeseitigung
- Schutz der Trinkwasserversorgung
- Grundwasserschutz
- Bodenschutz

#### wurden mit Belastungen der Betroffenen/Bürger

- rückläufige Bevölkerungsentwicklung (□ Kosten)
- Kosten/Wirtschaftlichkeit
- Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen

#### in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht

#### Mit dem Erlass werden den Wasserbehörden und den kommunalen Aufgabenträgern der Abwasserbeseitigung Handlungsanleitungen zur Umsetzung der Abwasserstrategie 2007-2015 gegeben

- insbesondere um eine zügige und kontinuierliche Anpassung der bestehenden Kleinkläranlagen und sonstigen Abwasseranlagen an den SdT bis spätestens 2015 zu erreichen



## Fazit

### Grundsätze nach § 9 SächsWG

- **Inkrafttreten:** **28. September 2007**
  
- **Veröffentlichung  
im Sächsischen Amtsblatt:** **nach 6-monatiger Erprobungsphase**
  - ↳ damit voraussichtliche abschließende  
Veröffentlichung im Amtsblatt:  
Mitte 2008
  
  - ↳ bis dahin verschiedene regionale  
öffentliche Veranstaltungen
  
- **Geltungsdauer:** **bis 31. Dezember 2015**

